

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche haben wir einmal mehr die Auswirkungen der so genannten **Eurokrise** erleben können: **Zypern** hatte im Juni 2012 einen Antrag auf Hilfe aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gestellt. Nach den Beratungen der Eurogruppe am 15. und 16. März wurde berichtet, dass Zypern einen substanziellen Eigenanteil von rund sieben Milliarden Euro an seinem Finanzbedarf von rund 17 Milliarden Euro erbringen will. Dies sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf Bankguthaben geschehen. Das zyprische Parlament hat nach massiven Protesten in Zypern gegen diese Abgabe gestimmt, insbesondere, weil sich auch Kleinsparer an dieser Abgabe hätten beteiligen müssen.

Unsere sozialdemokratische Position ist, dass Kleinsparer einen Freibetrag erhalten müssen. Denn es kann nicht sein, dass diejenigen, die ihr kleines Ersparnis auf dem Bankkonto haben, genauso zu einer Abgabe herangezogen werden wie diejenigen, die in Zypern ihre hohen Spekulationsgewinne lagern. Ein erheblicher Teil der Bankeinlagen in Zypern stammt aus dem Ausland. Viele Kapitaleigner haben Zypern gezielt gesucht, um von Niedrigsteuern und laxen Kontrollen zu profitieren. Zypern hat bei nur 840.000 Einwohnern und einer Wirtschaftsleistung von 18 Milliarden Euro einen aufgeblähten Bankensektor, dessen Bilanzaktiva von aktuell 125 Milliarden Euro siebenfach größer sind als die jährliche Wirtschaftsleistung. Wie es nach der Ablehnung der Sonderabgabe durch das zyprische Parlament weitergeht, ist noch unklar. Für mich ist entscheidend, dass Zypern, wenn es die Solidarität Europa in Anspruch nimmt, sich auch selbst solidarisch zeigt, indem es den Finanzbetrug entschieden bekämpft. Ich werde Sie über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.



Berlin-Brief, Ausgabe 136
22. März 2013

Meine Termine

Jahreshauptversammlung SPD-Ortsverein Bad Rappenau

22.3.2013, 19 Uhr, Bad Rappenau, Gaststätte "Häffner Bräu", Salinenstraße 24

SPD Heilbronn-Stadt und –Land: Feierstunde zur Rede von Otto Wels

23.3.2013, 11 Uhr, Heilbronn, Ratskeller

Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Böckingen

23.3.2013, 15 Uhr, Heilbronn-Böckingen, SKG Sportheim, Viehweide 5

Wie wollen wir in Zukunft pflegen? Alternative Pflegekonzepte für gute Pflege in der Region

10.4.2013, 19 Uhr, Bad Friedrichshall, Festhaussaal im Greckenschloss, Lindenberg 2

SPD-Bundesparteitag

14.4.2013, 10.30 Uhr, Augsburg

Sitzungswoche des Bundestages

15. - 19.4.2013, Berlin

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



In dieser Woche wurde bekannt, dass die FDP-Minister **einen NPD-Verbotsantrag durch die Bundesregierung ablehnen**. Die Regierung Merkel verweigert sich, den Kampf gegen den organisierten und mit gewaltbereiten Gruppen vernetzten Neonazismus aufzunehmen. Die SPD bleibt dabei: Vor Feinden der demokratischen Verfassung darf es kein Zurückweichen geben.

Gerade in dieser Woche gilt es, daran zu erinnern: Am 23. März 2013 jährt sich zum 80. Mal die **Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz** der Nationalsozialisten. Das Gesetz war der Todesstoß für die freiheitliche Demokratie in Deutschland. Die Abgeordneten der SPD stimmten als einzige der noch nicht verhafteten Parlamentarier gegen das Gesetz. Diese Unbeugsamkeit und dieser Einsatz für die Demokratie bleiben unser großes Vorbild. Nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für alle Demokratinnen und Demokraten ist dies ein herausragendes historisches Datum. **Die SPD-Kreisverbände Heilbronn-Stadt und -Land veranstalten aus diesem Grund am Samstag, den 23. März, ab 11 Uhr im Ratskeller Heilbronn eine Feierstunde**. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Am Donnerstag war der diesjährige Equal Pay Day. Der Equal Pay Day ist immer an dem Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Jahresgehalt von Männern zu kommen. DGB und Frauenrat veranstalten jährlich eine Demonstration am Brandenburger Tor, an der auch ich regelmäßig teilnehme. Frauen erhalten für die gleiche Arbeit durchschnittlich 22 Prozent weniger Entgelt als Männer. In kaum einem anderen EU-Land ist die Entgeltlücke so groß und damit die Wertschätzung berufstätiger Frauen so gering wie in Deutschland. Das ist ein Skandal! Eine Demonstration für gleichen Lohn für gleiche Arbeit reicht aber nicht aus. Wir müssen endlich gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, denn mit bloßen Appellen hat sich bisher nichts geändert. Heute wurde daher der SPD-Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz in zweiter und dritter Lesung im Bundestag behandelt. Union und FDP bleiben jedoch auch bei diesem Thema eine Regierung des Zögerns und Zauderns: Zwar bedauern die CDU-Ministerinnen öffentlich die fehlende Entgeltgleichheit. Über diese Betroffenheitsbekundungen hinaus geschieht jedoch nichts, obwohl Kristina Schröder und Ursula von der Leyen politisch handeln könnten – und müssten.

Im Anhang finden Sie eine **Rede**, die ich in dieser Woche im Plenum des Bundestages zu einem SPD-Antrag gehalten habe, mit dem wir **psychische Belastungen in der Arbeitswelt** reduzieren wollen.

In meinem Berliner Büro gibt es im April eine **Personalveränderung**: Dr. Maja Lasic geht in den Mutterschutz, sie wird von Torsten Menzel vertreten.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Osterzeit. Der nächste Berlin-Brief erscheint am 19. April.

Mit freundlichen Grüßen